

Fehlgeleitete EU-Waldpolitik

Die neue EU-Entwaldungsverordnung und das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur sind fernab jeder Realität und bewirken letztendlich das Gegenteil von dem, was man eigentlich erzielen wollte, nämlich den Schutz der Wälder, kritisiert die heimische Agrarpolitik.

Hinzu kommen wirtschaftliche Verluste, weil das Holz nicht mehr genutzt werden darf, sondern im Wald verrottet. Dies trifft die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sowie die Bevölkerung gleichermaßen.

Das Land Niederösterreich, die Landwirtschaftskammer Niederösterreich und der Niederösterreichische Waldverband kritisieren die neuen EU-Regelungen, die im Rahmen des Green Deals auf den Weg gebracht wurden. Für die Waldbesitzer wird die Waldpflege zum Kostenfaktor, gleichzeitig ist davon auszugehen, dass sich Brenn- und Bauholz für die Menschen verteuert.

„Mehr als 40 Prozent der niederösterreichischen Landesfläche sind von Wald bedeckt. Er ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, schafft uns Ressourcen und Erneuerbare Energie und bietet Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten. Umso problematischer und unverständlicher ist die Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung. Illegale Entwaldung und Waldvernichtung in anderen Teilen der Welt dürfen kein

Argument für eine Einschränkung unserer nachhaltigen, heimischen Forst- und Holzwirtschaft sein. Das Gegenteil von gut ist gut gemeint – und diese neue EU-Verordnung ist schlecht gemacht“, so LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf.

Charta für eine selbstbestimmte Waldbewirtschaftung in Niederösterreich Anlässlich des Tages des Waldes haben LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf, Landwirtschaftskammer-NÖ-Präsident Johannes Schmuckenschlager und NÖ-Waldverband-Obmann Franz Fischer die „Charta für eine selbstbestimmte Waldbewirtschaftung in Niederösterreich“ unterzeichnet. Johannes Schmuckenschlager, Präsident der Landwirtschaftskammer Niederösterreich, betont: „Wir fordern eine europäische Politik, die praxistauglich ist und den Waldbesitzern bei der nachhaltigen Bewirtschaftung und Pflege der Wälder unter die Arme greift. Sie muss an den Erfordernissen der Wälder und an den Nöten der Menschen, die sie pflegen, ausgerichtet sein.“



Im Einsatz für den heimischen Wald



NÖ. AGRARLANDESRAT
STEPHAN PERNKOPF



Frühjahrsputz gefordert: EU braucht dreijährigen Vorschriftenstopp

Einige Politiker in Berlin und Brüssel scheinen zu glauben, dass man die Landwirtschaft einschränken, verdrängen und stilllegen kann, nach dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“. Doch diese Haltung ist kurzsichtig angesichts der Tatsache, dass die Weltbevölkerung bis 2050 um weitere 2,5 Milliarden Menschen anwachsen wird und auch ernährt werden muss. Die Landwirtschaft in Europa einzuschränken, würde da nur dazu führen, dass mehr Lebensmittel importiert werden müssen, was nicht nur unsinnig, sondern auch heuchlerisch ist. Es ist doch widersprüchlich, erst die Standards und Vorschriften auf höchste Niveaus zu schrauben und dann billigere Produkte aus dem Ausland zu importieren. Das schadet nicht nur der Umwelt, sondern auch der heimischen Landwirtschaft.

Ein solches Beispiel ist die umstrittene Renaturierungsverordnung, die nur durch wenige Stimmen und durch massive Anstrengungen auch der Bundesländer gestoppt wurde. Wir kämpfen darum, dass sie komplett zu Fall gebracht wird. Dabei steht es Spitz auf Knopf und kommt es in Brüssel auf jede einzelne bäuerliche Stimme an. Die nächsten Themen sind die umstrittene Entwaldungsverordnung genauso wie Import-Regulierungen für landwirtschaftliche Produkte aus der Ukraine. Nach dem Wegfall der Zölle im Juli 2022 hat sich die eingeführte Menge an Getreide verdoppelt, beim Zucker sogar versechsfacht. Das kann nicht so weitergehen, die Importe müssen wieder zurück auf das Vorkriegsniveau. Dazu braucht es Regelungen für Kontingente und Zölle sowie strenge Qualitätskontrollen.

Das Ukraine-Getreide muss dort ankommen, wo es benötigt wird, nämlich in den bitterarmen Entwicklungsländern. Gleichzeitig kann und soll die Ukraine auch Teil der Lösung sein, etwa um durch mehr Soja-Produktion unsere europäische Eiweißlücke zu schließen. Bei all diesen Themen braucht es rasche und konstruktive Verhandlungen. Mit Haus- und Sachverstand. Wenn andere mit Traktoren in Brüssel auffahren, dann machen wir das lieber mit Ideen und konkreten Forderungen. Dies wurde unter anderem beim Treffen mit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen deutlich, das EU-Parlamentarier Alexander Bernhuber eingefädelt hat. Danach gab es rasch Erfolge beim Pflanzenschutz und beim Schutzstatus des Wolfes. Das muss jetzt so weitergehen, nach dem Motto „Mehr Landwirtschaft, weniger Zettelwirtschaft“. Die Bürokratie braucht einen Frühjahrsputz, das betrifft alle Materien, die bei den Bäuerinnen und Bauern ankommen. Denn in der Zusammenschau aller Regelungen, Vorschriften und Kontrollen muss man sagen: Es ist zu viel.

Die Landwirtschaft hat die Verantwortung, den Kontinent zu ernähren, nicht Unmengen von Papier zu produzieren. Daher fordere ich von der nächsten EU-Kommission einen dreijährigen Vorschriftenstopp und eine Befristung aller neuen Regelungen auf zum Beispiel fünf Jahre. Wenn sie sich nach diesem Zeitraum als sinnvoll erwiesen haben, können sie noch einmal verlängert werden. Wenn nicht, dann läuft die Regelung wieder aus und wird damit automatisch wieder beendet.